

Erkelenzer Land Der Katholikenrat der Region Heinsberg fordert, dass die vom Tagebau bedrohten Erkelenzer Dörfer erhalten bleiben. Die neue Leitentscheidung sei mit der aktuellen Klimasituation nicht in Einklang zu bringen.

- (cpas) Der Katholikenrat der Region Heinsberg hat in einer Stellungnahme den Entwurf zur neuen Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung kritisiert. Auf Unverständnis stößt beim Katholikenrat dabei vor allem, dass der Braunkohlenabbau in der Region, auch wenn das Gebiet verkleinert wurde, weiter fortgesetzt wird. Man frage sich, „warum die politisch Verantwortlichen nicht die Klimaschutzziele im Pariser Abkommen umsetzen und einen schnellen vollständigen Ausstieg aus dieser veralteten und nicht nachhaltigen Energieaufbereitung fordern“, heißt es in der Stellungnahme.

Auch die wirtschaftliche Bilanz spreche nicht für eine Fortsetzung des Tagebaus mit einem Abbau von weiteren Millionen Tonnen. Hohe Abbaukosten, Kosten für die Wiederherstellung der Infrastruktur und die Renaturierung seien zu berücksichtigen, heißt es. Das oft aufgeführte Argument eines Engpasses in der Energieversorgung der Bürger sieht der Katholikenrat ebenfalls als nicht gegeben an, da es belegte technisch mögliche und schnell umsetzbare Ausgleichmaßnahmen gebe. Der aus Sicht der Katholikenrats überzeugendste Gesichtspunkt ist, dass ein schneller Energie- und Strukturwandel aufgrund der weltweiten Klimafolgen dringend sei.

Der Katholikenrat fordert, die Empfehlungen der Kohlekommission und die Ergebnisse aktueller Gutachten in der neuen Leitentscheidung zu berücksichtigen und umzusetzen, wonach nur eine Fördermenge von rund 280 Millionen Tonnen erforderlich sei. **Die Orte Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath und damit auch die hochwertigen Böden der Erkelenzer Börde seien zu erhalten**, womit klimapolitisch und agrarwirtschaftlich eine zukunftsorientierte Entscheidung getroffen werde, unterstreicht der Katholikenrat.

Rheinische Post vom 02.01.2021